



Vorsichtig! Forst wird abgehängt!

Seit mehreren Jahren beschäftigt sich der Brandenburger Landtag mit der Kreisgebietsreform. Vor einigen Monaten ist der Leitbildentwurf der Landesregierung erschienen und man sollte meinen, dass SPD und Linke wieder einmal von oben weg regieren und dabei die Anliegen und Probleme der Bürger vollständig vernachlässigen.

Seit der Kreisgebietsreform in Mecklenburg-Vorpommern konnten die Verfassungsgerichte der Politik klare Rahmenbedingungen setzen. Neu zu schaffende Landkreise dürfen maximal 5000 km² groß sein und müssen mindestens 175.000 Einwohner haben. Politische Beteiligung im Kreistag wird bei den geplanten Großkreisen nahezu unmöglich. Die Argumentation, dass die kreisfreien Städte hohe Kassenkredite besitzen und eben die Landkreise nicht, ist sehr scheinheilig und eine blanke Lüge. Kreisfreie Städte wie Cottbus erfüllen Aufgaben einer Stadt und eines Landkreises. Somit hätten bspw. beim Landkreis Spree-Neiße nicht nur die Kassenkredite des Kreises, sondern auch aller Städte und Gemeinden einberechnet werden müssen. Diese Ehrlichkeit wollte Rot-Rot den Menschen natürlich nicht zugestehen. Zudem muss hier betont werden, dass die drei einzukreisenden Städte 400 Millionen Euro an Ausgleichszahlungen erhalten sollen. Diese Entschuldung soll zu je 50 Prozent vom Land und der kommunalen Gebietskörperschaften erfolgen. Das bedeutet, dass die Bürger die Pläne des Landes bezahlen müssen. Für den konkreten Fall im Süden Brandenburgs müssen die Menschen in Spree-Neiße die Schulden der Stadt Cottbus finanzieren. Der neue Kreissitz wird dabei durch einen Bürgerentscheid gekürt, weshalb Forst gegen Städte mit höherer Einwohnerzahl keine Chance haben wird. Am 28. November 2015 zeigte sich zudem das wahre Gesicht der SPD Brandenburg. Auf dem Parteitag in



Potsdam wurde der Antrag „Brandenburg zusammenhalten. Kein Land der zwei Geschwindigkeiten“ beschlossen. Ein interessanter Satz findet sich am Ende des Beschlusses. Dort heißt es: „Die Städte Brandenburg a.d.H., Cottbus und Frankfurt (Oder) werden deshalb durch Eingliederung in leistungsfähige Kreise von Kreisverwaltungsaufgaben entlastet, ihre Soziallasten werden solidarisch auf mehrere Schultern verteilt.“ Jedem Menschen sollte seit der Zwangsfusion der BTU Cottbus und der FH Lausitz bekannt sein, dass es mit dem demokratischen Verständnis einiger Beteiligten nicht weit her ist. Die Kritik aus der Bevölkerung wurde nicht gehört und die Abgeordneten der Fusionsgegner aus der Reihe der Regierungsparteien waren am Abstimmungstag „krank“. Jedoch erlebt die Ignoranz der Interessen und Wünsche der Bevölkerung seitens der SPD einen neuen Höhepunkt. In diesem Beschluss wird das Ergebnis der Bürgerdialoge und des Leitbildprozesses bereits vorweg genommen. Die SPD nimmt die Entscheidung über die Einkreisung der drei genannten Städte und deren Finanzierung durch die Landkreise einfach vor dem Ende des Dialoges mit der Bevölkerung während eines mehrstündigen Landesparteitages vorweg. Ergänzend wird beschlossen, dass es „uns [der SPD] [...] um eine Stärkung der Oberzentren und ihrer Leistungskraft als Anker ihres Umlands“ geht. Somit sollen die dann nicht mehr kreisfreien Städte den neuen Sitz des Landkreises erhalten. Dieses Vorgehen ist eine Beleidigung der betroffenen Menschen! Zudem findet sich weder in dem Papier noch aus dem Landtag auch nur ein Vorschlag, inwiefern die notwendige Strukturreform der Verwaltung umgesetzt und finanziert werden soll. Die vollkommen richtige Verkleinerung der Verwaltung samt Schaffung besserer Bürgernähe verkümmert zur Randnotiz der Politik, falls sie überhaupt jemals richtig geplant wurde.

Die Forst-Döberner Liberalen sehen selbstverständlich den Bedarf einer Verwaltungsstrukturreform. Erst nach klarer Darlegung der Verwaltungsstrukturreform sollte über eine Kreisgebietsreform durchgeführt werden. Es werden dieselben Fehler wie bei der jetzigen BTU Cottbus-Senftenberg begangen, welche sich vom Fehlhandeln der Regierung im Jahre 2013 bis heute nicht erholt hat.

Wir werden diesen Prozess kritisch und konstruktiv begleiten. Helfen Sie uns dabei, Ideen und Probleme mit aufzugreifen!

Autor: Jeff Staudacher

Für eine soziale und marktwirtschaftliche Energieversorgung

Schluss mit der planwirtschaftlich organisierten, unsozialen, unbezahlbaren und nutzlosen Energiewende

Elektro- und Wärmeenergie gehören zum Grundbedarf unserer Bürger und sind ihnen vom Staat im Sinne der Daseinsfürsorge zu vernünftigen Konditionen zur Verfügung zu stellen.

Die Kosten der Elektroenergie, als wertvollste und somit teuerste Form der Nutzenergie, haben sich im vergangenen Jahrzehnt für Haushalte und mittelständische Betriebe annähernd verdoppelt. Diese existenzgefährdende Preisexplosion ist Folge des politisch verordneten „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ (EEG), welches mit seiner für 20 Jahre garantierten Einspeisevergütung allen Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft widerspricht. Nach EU-Kommissar Oettinger gehöre es in den Mülleimer, die



Expertenkommission für Forschung und Innovation schrieb: „Klimapolitisch verfehlt, zu teuer und mit kaum messbarem Nutzen“ und die Financial Times titelte: „The growing absurdity of German Energy policy“. Diese vom Ausland belächelte Energiepolitik führte und führt nachweislich zur Abwanderung stromintensiver Produktionsstätten international agierender Unternehmen!

Wegen des relativ geringen jährlichen Ertrages von Wind- und Solaranlagen, unvermeidbarer „Dunkelflauten“, auch künftig fehlender Stromspeicher und zu geringer Kapazität der Wasser- und Biostromerzeugung ist es unmöglich, damit unsere Industrienation zuverlässig und wirtschaftlich mit Elektroenergie zu versorgen. Deshalb sind weiterhin konventionelle Kraftwerke vorzuhalten, die jedoch im „stand-by-Betrieb“ exorbitant hohe Kosten verursachen, die neben der EEG-Umlage auch auf alle Stromverbraucher umgelegt werden sollen.

-Wir fordern, das EEG ersatzlos zu streichen und damit den ungezügelt Zubau erneuerbarer Energien zu beenden, da dieser Landschaften und Wälder zerstört sowie höchst unsozial nur Investoren, Land- und Hausbesitzer auf Kosten aller Stromverbraucher bereichert!

-Die von der Energie-Einsparverordnung verlangte Fassadendämmung von Gebäuden amortisiert sich selten, verschlechtert häufig das Raumklima und verursacht bei Styropor-Dämmung eine zusätzliche Brandgefahr. Wir lehnen diesen Eingriff in die Investitionsentscheidung der Hausbesitzer ab.

-Netzentgelte werden den Stromverbrauchern der Regionen, abhängig vom Ausbaugrad an erneuerbaren Energien, aufgebürdet. Somit hat das Land Brandenburg wegen der vielen Windräder wesentlich höhere Kosten als die meisten anderen Bundesländer. Wir fordern, diese Kosten bundesweit umzulegen!

-Die Nutzung fossiler Energieträger führt global zu CO₂-Emissionen von mehr als 35 Mrd. t/a (Tonnen pro Jahr), diese Menge steigt mindestens bis 2030 durch sogenannte Schwellenländer jährlich um über 500 Mio. t! Ein staatlicher Eingriff in unsere Braunkohleverstromung zur Verminderung dieser Emissionen um z.B. 20 Mio. t/a ist klimapolitisch sinnlos, eigentlich lächerlich und deshalb abzulehnen! Darüber hinaus ist der Einfluss der durch den Mensch verursachten CO₂-Emissionen auf das Weltklima lediglich ein Ergebnis von Computersimulationen, experimentell nicht zu beweisen und national sowie international heftig umstritten.

Autor: Dr. Wolfgang Rasim

Termine

Die Liberalen aus Forst und Döbern haben in diesem Jahr feste Termine für Ortsparteitage, Mitgliederversammlungen und Diskussionsabende festgelegt. Somit sollen unsere Mitglieder und interessierte Bürgerinnen und Bürger bereits heute planen können, an welchen Tage Veranstaltungen durchgeführt werden. Zusätzliche Veranstaltungen zu aktuellen Themen werden selbstverständlich durchgeführt.

15.03.2016 Ortsparteitag

17.05.2016 Mitgliederversammlung

19.07.2016 Mitgliederversammlung

20.09.2016 Mitgliederversammlung

15.11.2016 Mitgliederversammlung

Für die Termine nach dem Ortsparteitag werden wir alle Mitglieder und Interessenten rechtzeitig informieren. Wir wünschen Ihnen eine erfolgreiche Zeit und bis zum nächsten Liberalen Blatt!



FDP Forst-Döbern
Tagorestraße 3, 03149 Forst (Lausitz)
fdp.forstdoebern@yahoo.de